

Italien vor heissem Herbst

Italiens Regierungschef Matteo Renzi könnte in seinem Amt schon bald in Bedrängnis geraten: Die Rechtspopulisten Matteo Salvini und Silvio Berlusconi arbeiten an einem Pakt für Neuwahlen.

DOMINIK STRAUB

ROM. Wenn in Italien Politiker plötzlich von Koalitionen zu sprechen beginnen, ist dies in der Regel ein Zeichen dafür, dass sie mit baldigen Neuwahlen rechnen. Bei Matteo Salvini ist dies offensichtlich der Fall: «Wenn sie nicht noch in letzter Sekunde die vierte Regierung in Folge erfinden, die ohne Wahlen zustande kommt, dann wird im nächsten Jahr gewählt», erklärt der hemdsärmelige Lega-Nord-Chef in der aktuellen Ausgabe des Politik-Magazins «Panorama». Die Partei von Ministerpräsident Matteo Renzi, der Partito Democratico (PD), werde nach dem Sturz der Regierung einem «Trümmerhaufen» gleichen und die Wahlen verlieren – aber nur, wenn das Mitte-Rechts-Lager geeint antrete, warnt Salvini.

Eine taktische Spitzkehr

Der Wunschpartner des 42jährigen Mailänder Populisten ist ein anderer Mailänder Populist: Silvio Berlusconi. «Eine Allianz mit Berlusconis Forza Italia wäre die beste Lösung», meint Salvini. Das tönte vor kurzem noch anders: Der bald 80jährige und mit einem Amtsverbot belegte Ex-Regierungschef habe politisch keine Zukunft mehr; ausserdem bestünden in der Europapolitik zwischen der Lega Nord und der Forza Italia überbrückbare Differenzen, begründete der Euro- und EU-Gegner Salvini seine frühere Abneigung gegen einen Pakt mit Berlusconi. Inhaltlich stimmt das auch heute noch, aber: «Wir haben inzwischen begriffen, dass wir uns mit Berlusconi zusammenschliessen müssen, wenn wir Renzi nach Hause schicken wollen», erklärt Salvini seinen Sinneswandel.

Im Moment würde es noch nicht reichen: Renzis sozialdemokratischer PD liegt gemäss Umfragen derzeit bei 29 Prozent, die Lega Nord bei 16 Prozent, Forza Italia bei 11 Prozent. Beppe Grillos Fünf-Sterne-Protest-



Bild: epa/Ettore Ferrari

Italiens Regierungschef Matteo Renzi und seine Partei werden immer unbeliebter.

bewegung kommt auf 26 Prozent. Der Trend spricht allerdings gegen Renzi: Der PD hat seit den Europawahlen im vergangenen Jahr, in denen die Partei den Allzeit-Höchstwert von 41 Prozent erreichte, zwei Millionen Wähler verloren.

Renzis Popularität schwindet

Die Popularität des jungen Premiers leidet in erster Linie darunter, dass er – wie die meisten seiner Amtskollegen in Europa – angesichts der aktuellen Migrationswelle politisch und organisatorisch überfordert wirkt. Salvini dagegen, der Flüchtlings- und Roma-Lager am liebsten mit dem Bulldozer dem Erdboden gleichmachen würde, giesst täglich Öl ins Feuer und wird damit immer beliebter.

Die sinkenden Umfragewerte haben Renzi alarmiert – im Innersten scheint auch er mit Neuwahlen im kommenden Jahr zu rechnen. Mit dem Versprechen, die Steuern auf dem Hauseigentum abzuschaffen, griff der Regierungschef in der Sommerpause bereits in die Trickkiste von Ex-Premier Berlusconi, der jeweils seine Wahlkämpfe mit dem gleichen Versprechen befeuert hatte. Mit einer eiligst vorgenommenen Entschärfung des Gesetzes über gleichgeschlechtliche Partnerschaften versucht Renzi ausserdem, sich bei der katholischen Wählerschaft anzubiedern. Ob er damit verlorenes Terrain zurückgewinnen kann, ist abzuwarten. Seinen eigenen Finanzminister, Pier Carlo Padoan, konnte er mit dem Steuer-

versprechen jedenfalls nicht überzeugen: Eine Steuersenkung müsse «glaubwürdig durch Ausgaben senkungen finanziert sein», erklärte Padoan. Davon kann keine Rede sein.

«Nationale Tage der Befreiung»

Salvini jedenfalls glaubt an seine Chance: «Wir werden einen Herbst voller Kämpfe sehen – die nächsten Weihnachten werden die letzten sein, die Renzi als Premier feiert.» Die Entscheidungsschlacht soll laut dem Lega-Nord-Chef vom 6. bis 8. November stattfinden: An drei landesweiten Protesttagen soll ganz Italien lahmgelegt werden. «Das werden nationale Tage der Befreiung», verkündet Salvini, der sich bereits als künftigen Premier sieht.

Hindu-Fanatiker schürt in Indien Angst vor Moslems

WILLI GERMUND

DELHI. Sachchidanand Hari Sakshi Maharaj kleidet sich wie jeder ordentliche indische Guru in leuchtendes Orange. Als Parlamentarier der hindu-nationalistischen «Bharitya Janata Party» (BJP) von Premierminister Narendra Modi und als Mitglied des militanten hindu-nationalistischen «Reichsfreiwilligenkorps» (RSS) liegt dem Mann die Zukunft der Hindus besonders am Herzen.

Anfang dieses Jahres machte er Furore, als er hinduistische Frauen aufforderte, mindestens vier Kinder zu gebären. Der Guru fürchtet, dass Moslems, die mehr Kinder haben, Indiens Hindus bald in eine Minderheit verwandeln. Sakshi Maharaj selbst versuchte laut mehreren Strafanzeigen, mittels Vergewaltigung seinen persönlichen Teil dagegen zu tun.

Erstmals unter 80 Prozent

Jetzt bestätigen neue Zahlen über den Glauben der knapp 1,3 Milliarden Inder die bizarren Befürchtungen des Mannes. Bereits in 220 Jahren wird man in Indien demnach mehr Moslems als Hindus zählen. Laut den im Jahr 2011 erhobenen und jetzt erst veröffentlichten Zahlen weist Indien erstmals in seiner Geschichte der Volkszählungen mit 79,8 Prozent weniger als 80 Prozent Hindus aus. Nach der Gründung Indiens im Jahr 1947 waren es noch über 84 Prozent.

Gleichzeitig stieg der moslemische Bevölkerungsanteil auf 14,2 Prozent. Im Jahr 2011 waren das rund 172 Millionen Inder. Keine andere Religionsgruppe in Indien wurde grösser. Allerdings sinkt auch in keiner Bevölkerungsgruppe die Geburtenrate schneller als bei Moslems.

Bald mehr Einwohner als China

Vor allem aber wuchs die moslemische Bevölkerung in den Bundesstaaten im Norden des Landes, die im Volksmund als «Kuhgürtel» verschrien sind. In Elendsregionen wie Bihar und Uttar Pradesh sind die Hindu-Nationalisten politisch

besonders stark und treiben besonders gerne den Popanz vom moslemischen Buhmann durch Dorfgassen. Schliesslich muss Narendra Modis BJP in ein paar Wochen in Bihar Regionalwahlen gewinnen.

Dabei nimmt in Nordindien nicht nur die moslemische Bevölkerung zu. Im «Kuhgürtel» grassiert im Unterschied zu südlichen Bundesstaaten wie Kerala die Armut – und deshalb erlebt dort die Welt eine «Dauerbevölkerungsexplosion» mit furcht-einflössenden Ausmassen. Laut neuesten Zahlen der Vereinten Nationen überflügelt Indien bereits schon im Jahr 2022 China, das bislang bevölkerungsreichste Land der Welt. Zusammen werden China und Indien dann 40 Prozent der Weltbevölkerung stellen.

Am Ende der «gelben Gefahr»

Inder wie der hinduistische Hassprediger Sakshi Maharaj dürften spätestens dann merken, dass ihre Messlatte nicht besonders klug gewählt war. Während der Guru seine Hindus mit der Geburtenrate der Moslems und seiner Paranoia verschreckt, besinnt die Welt sich dann vielleicht auf den Deutschen Stefan von Kotze. Der Name des Schulkameraden des ersten deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck (1871 bis 1890) ist kein schlechter Witz. Der fiese Begriff von der «gelben Gefahr» aus Asien, den der Reiseschriftsteller prägte, erst recht nicht. Aber in Zeiten, in denen manche Europäer in jedem Kriegsflüchtling eine Bedrohung wähen, könnte die Welt sich bereits in sieben Jahren von einer «Hindu-Gefahr» bedroht fühlen.



Bild: ap

Narendra Modi
Indischer Premierminister

Grösstes Militärmanöver der USA und Südkoreas

SEOUL. Wenige Tage nach der Entspannung in einer schweren Krise zwischen Nord- und Südkorea haben Truppenverbände der USA und Südkoreas das grösste je abgehaltene gemeinsame Militärmanöver gestartet. Die Übung begann gestern in Anwesenheit von Südkoreas Präsidentin Park Geun Hye. (reu)

Tötung eines Cyber-Aktivisten des IS

WASHINGTON. Das US-Verteidigungsministerium hat den Tod eines auf die Rekrutierung von westlichen Kämpfern spezialisierten Mitglieds der IS-Terrormiliz bestätigt. Der Brite Junaid Hussain sei am Montag bei einem US-Angriff auf Raka getötet worden, sagte der Sprecher des US-Militärkommandos. (sda)

Erdogan billigt Übergangsregierung

ANKARA. Der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan hat das von Übergangsregierungschef Ahmet Davutoglu vorgeschlagene Kabinett gebilligt. Dem während zwei Monaten regierenden Kabinett gehören erstmals in der türkischen Geschichte auch Kurden an. (sda)

Waffenhandel zögerlich reguliert

Während der Handel mit allerlei Produkten detailliert reguliert ist, konnten Panzer, Kampfflugzeuge oder Sturmgewehre bislang völlig frei gehandelt werden. Das soll sich nun ändern.

CHRISTIAN MIHATSC

CANCUN. Für die meisten Güter gibt es differenzierte Regeln, wie diese gehandelt werden können und dürfen. Doch bislang gab es eine Ausnahme: Waffen. Diese Lücke wurde nun geschlossen. Im Dezember vergangenen Jahres ist der internationale Vertrag über den Waffenhandel (kurz ATT, von englisch Arms Trade Treaty) in Kraft getreten, und in dieser Woche fand im mexikanischen Cancun die erste Konferenz der Vertragsparteien statt.

Dort wurde beschlossen, dass das Sekretariat für das Vertragswerk in Genf angesiedelt werden soll. Genf konnte sich im zweiten Wahlgang gegen Port of Spain (Trinidad und Tobago) durchsetzen. Das Sekretariat soll noch vor Ende des laufenden Jahres eröffnet werden, damit das Abkommen in der Praxis schnell Wirkung zeigt.

Burkhalter begrüsst Einigung

An der Konferenz in Mexiko haben sich die Länder zudem darauf geeinigt, dass Entscheidungen mit einer Zwei-Drittel-

Mehrheit getroffen werden können, falls sich kein Konsens erzielen lässt. Bundesrat Didier Burkhalter sagte dazu: «Wir begrüssen die Klärung der Entscheidungsprozesse, die es erlauben dürfte, Fortschritte zu erzielen und Blockaden möglichst zu vermeiden.»

Keine Einigung konnte hingegen in der Frage erzielt werden, wie die Länder über den

Handel mit Waffen berichten müssen. «Das Ziel ist ein Berichtswesen, das für alle gleichermassen gilt», sagte der mexikanische Botschafter Jorge Lomonaco. «Dieses muss noch verfeinert werden und die Arbeit daran wird fortgesetzt.» Anna Macdonald von der Lobbyorganisation «Control Arms Campaign» kritisierte die Vertagung dieser Entscheidung: «Einige

Länder könnten nun beschliessen, diese Berichte nicht zu veröffentlichen. Das macht das Ganze ein wenig witzlos.»

China und Russland fehlen

Der Vertrag über den Waffenhandel regelt den Import, Export und Transfer von konventionellen Waffen. Das Abkommen soll verhindern, das Waffen für Kriegsverbrechen, organisierte Kriminalität oder Terrorismus verwendet werden. Es wurde von 130 Ländern unterzeichnet, aber nur von 72 ratifiziert. Dazu gehören fünf der zehn grössten Waffenexporteure: Frankreich, England, Deutschland, Spanien und Italien. Die USA als grösster Waffenexporteur weltweit haben den Vertrag unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. China und Russland verweigern die Unterschrift.

Der Waffenhandel ist ein Milliardengeschäft: Im Jahr 2011 wurden Waffen im Wert von mindestens 43 Milliarden Dollar gehandelt, schätzt das Friedensforschungsinstitut Sipri (Stockholm International Peace Research Institute).



Bild: epa/Sergey Dolzhenko

Neues ukrainisches Panzerfahrzeug wird getestet.

Neue Regierung in Athen vereidigt

ATHEN. Griechenlands Übergangsregierung unter der Richterin Vasiliki Thanou ist gestern vereidigt worden. Die wichtigsten Posten des geschäftsführenden Kabinetts besetzen Experten, die das Vertrauen der Mehrheit der Parteien haben. Dieses Gremium soll das Land bis zur Bildung einer neuen Regierung nach vorgezogenen Wahlen führen. Das neue Parlament soll am 20. September gewählt werden, berichtete das Staatsfernsehen.

Eine erste Umfrage zeigt, dass die Parteien noch viel Arbeit leisten müssen, um die Gunst der Wähler zu gewinnen. Jeder vierte Bürger ist noch unentschieden. Das Bündnis der radikalen Linken (Syriza) des zurückgetretenen Regierungschefs Alexis Tsipras führt mit 23 Prozent, gefolgt von den Konservativen mit 19,5 Prozent.

Am Donnerstag hatte Staatspräsident Prokopis Pavlopoulos die Präsidentin des höchsten Gerichtshofes (Areopag), Vasiliki Thanou, mit der Bildung der Interimsregierung beauftragt. Zuvor waren alle Bemühungen gescheitert, im Parlament eine neue Regierungsmehrheit zu finden. Damit wurde der Weg zur Neuwahl frei. (dpa)